

Rede zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Sinsheim 2014 (Freie Wähler)

(dieser Text kann vom gesprochenen Text abweichen. Nur der gesprochene Text gilt)

Das Wichtigste möchte ich gleich vorweg nehmen: die Fraktion der FW, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Dezernenten, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Fraktion der Freien Wähler wird dem vorgelegten städtischen Haushalt und dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke einstimmig zustimmen.

Es gibt in dem uns vorliegenden Zahlenwerk keine bzw. nur sehr wenige Angriffs- bzw. Streitpunkte und keine Positionen, die es rechtfertigen würden, den Entwurf abzulehnen. Das hat sich bereits bei der öffentlichen Beratung gezeigt. Ich möchte daher auf das reine Zahlenwerk etwas kürzer eingehen und dafür einige allgemeine Gesichtspunkte in der Entwicklung unserer Stadt aus der Sicht unserer Fraktion ansprechen, wobei ich einräumen muss, dass ich aus Zeitgründen selbstverständlich nicht auf alle infrage kommenden Bereiche zu sprechen kommen kann.

Zunächst zum vorliegenden Haushaltsentwurf: es kann festgestellt werden, dass wir einen leichten Silberstreif am Horizont erkennen können. Dies war schon im Zusammenhang mit den Beratungen des Nachtragshaushalts 2013 so und setzt sich fort. Die Steuereinnahmen werden als einigermaßen stabil prognostiziert. Daran hat auch der jetzt ganz neu vorgelegte Finanzplan nichts geändert. Laut Finanzplan pendelt sich -bei aller Vorsicht- die Gewerbesteuer bei ca. 15 bis 16 Millionen € in den nächsten Jahren ein, eine ähnliche Größenordnung ergibt sich beim Anteil an der Einkommensteuer und beim Umsatzsteueranteil dürfte der Betrag auch in den kommenden der 3-4 Jahren bei ca. 1,3 Millionen € liegen. Die Steuerschätzung im November hat ja bereits wider Erwarten zu einer weiteren Verbesserung des An-

teils an der Einkommensteuer geführt. Vielleicht wird das Rechnungsergebnis erneut zu einer Verbesserung der Situation führen.

Bei den Ausgaben wird uns die Zahlung der Kreisumlage nicht mehr so hart treffen wie bisher, nachdem der Kreis diese um enorme 0,5 % Punkte gesenkt hat, eine Entscheidung, die in die Finanzgeschichte eingehen dürfte. Allerdings sind auch 200.000 €, die wir in etwa sparen, Geld. Ich verstehe die Kritiker im Kreistag nicht, die die Absenkung mit der Begründung kritisieren, der Kreis solle lieber seine Schulden senken. Was glauben diese Kritiker eigentlich was die Gemeinden mit dem ersparten Geld machen würden: auch die würden sich freuen, wenn sie Ihre Schulden senken könnten.

So werden wir -das war ja nicht immer so in den letzten Jahren- eine Zuführung von ca. 3,5 Millionen € einplanen, die wir unserem Vermögenshaushalt zuführen können. Wir konnten im vergangenen Jahr seit langem wieder einmal eine Rücklage bilden, auf die wir jetzt ebenfalls zurückgreifen können, immerhin etwas über 4 Millionen € und wir können die geplante Kreditaufnahme herabsetzen, ein Punkt, von erheblicher Bedeutung. Das was wir insbesondere im Baubereich zu investieren beabsichtigen wird daher sicher wieder ein erheblicher Faktor für unsere heimische Wirtschaft sein. Und wir hoffen natürlich, dass die Aufträge vor allem an unsere heimische Wirtschaft gehen können, was natürlich häufig von den Ausschreibungsergebnissen abhängen wird.

Von den großen Einzelposten dieses Haushalts möchte ich hier die Sanierung der COS nennen, die nicht nur saniert wird, sondern die auch eine völlig neue Sporthalle mit Mensa erhält, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass wir für die Sporthalle einen Landeszuschuss von ca. 250.000 € bekommen.

1 Million €, aufgeteilt auf 2014 und 2015 wird vom Um- und Ausbau des Feuerwehrhauses Sinsheim verschlungen, eine Maßnahme, die notwendig wird schon deshalb, weil wir damit rechnen müssen, die bisher mit genutzten Räume des Roten Kreuzes in

absehbarer Zeit nicht mehr nutzen zu können. Darüber hinaus sind für die Feuerwehr, auch darüber haben wir ausführlich im Gemeinderat diskutiert, in den kommenden Jahren erhebliche Ausgaben vorgesehen für Fahrzeuge und sonstige Ausrüstung. Hier möchte ich nur erwähnen die neue Drehleiter, die hierbei den größten Betrag ausmacht. Dabei gehen wir natürlich davon aus, dass die erwarteten Zuschüsse für diese Projekte auch tatsächlich fließen.

Und natürlich muss gerade hier in Hasselbach auf das geplante Feuerwehrhaus eingegangen werden, für das für 2014 und 2015 je 300.000, insgesamt somit 600.000 € angesetzt sind. 600.000 € sind ein gewaltiger Betrag, der es durchaus rechtfertigt, über die geplante Maßnahme etwas intensiver nachzudenken. Es dürfte übrigens ein Gerücht sein, dass der OB unsere hoch verehrte Fraktionskollegin und Ortsvorsteherin Ulrike Bauer dazu gedrängt hat, diese Sitzung gerade hier in Hasselbach abzuhalten, weil er vermutet hat, dass sich gerade in Hasselbach niemand traut in öffentlicher Sitzung das Projekt Feuerwehrhaus Hasselbach in Frage zu stellen. Wer immer dies tun will: wir, die Freien Wähler, wollen das Projekt nicht infrage stellen. Von der grundsätzlichen Notwendigkeit haben wir uns bei einem Besuch und ausführlicher Besichtigung selbst überzeugt. Aber nachdenken über die enorme Höhe des angesetzten Betrages und über die Möglichkeiten, diesen stark abzusenken werden wir spätestens, sobald es an die konkrete Planung geht. Und wir können uns durchaus Einsparmöglichkeiten vorstellen, ohne dass das Projekt im ganzen gefährdet wird.

Denn auch dieser Haushalt muss natürlich dem Regierungspräsidium vorgelegt werden, und das Regierungspräsidium wird angesichts unserer Schuldenlage -27 Millionen € im Kernhaushalt und rund 60 Millionen bei den Stadtwerken sind ja kein Pappentiel- sicherlich genau hinschauen. Und ich vermute einmal, dass man zwar den Gemeinderat, und den Kämmerer und seine Sparbemühungen loben wird, aber man wird wohl auch diesen Haushalt nur unter Auflagen oder zumindest mit deutlichen Ermahnungen bezüglich der Absenkung der Verschuldung genehmigen.

Zu den Punkten, die im abgelaufenen Haushaltsjahr von einiger Brisanz waren, und die uns und auch den neuen Gemeinderat auch im Jahr 2014 noch beschäftigen werden, gehört das Thema Erschließung von Baugebieten. Ich erinnere an Hettenberg II in Steinsfurt. An diesem Beispiel hat sich die Problematik der Erschließungspraxis gezeigt. Unsere Fraktion hat im Grundsatz die Vorgaben der Verwaltung gestützt nur zu erschließen, wenn ein vorgegebener Anteil an Grundstücken eines Gebiets in die Verfügungsmacht der Stadt gelangt, und wir haben auch die vorgegebenen Bauverpflichtungen mitgetragen. Die Probleme aber, die einige Eigentümer mit dieser Vorgehensweise hatten zeigen, dass wir im Gremium noch einmal grundsätzlich über die künftige Erschließungspraxis sprechen müssen, was allerdings nicht heißen soll, dass wir den eingeschlagenen Weg gänzlich verlassen wollen. Ich persönlich stehe umfangreichen Neuerschließungen vor allem auf der grünen Wiese grundsätzlich ablehnend gegenüber. Dies gilt umso mehr als zum Beispiel der Ministerpräsident bei der Mitgliederversammlung des Gemeindetages in Friedrichshafen ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass nach wie vor mehr als 6 ha kalendertäglich, also auch am Wochenende, an Fläche verbraucht wird, zwar nicht versiegelt sondern "nur" der Natur entzogen und zwar etwas langsamer als bisher, aber mit steigender Tendenz was den Umfang des Verbrauchs betrifft. Nach wie vor bevorzugen wir, wo immer möglich, die Innenentwicklung bzw. Nachverdichtung. Ein klassisches und hervorragendes Beispiel für eine gelungene Nachverdichtung ist das neue Baugebiet Alter Sportplatz in Rohrbach. Außenerschließung also nur, wenn ein Bedarf wirklich nachgewiesen ist und im Innenbereich nichts mehr geht.

Ein weiteres Problem, das ebenfalls einer grundsätzlichen Klärung bedarf, sind unsere Hallen, und zwar die Sporthallen und die Mehrzweckhallen.

Für die Stadthalle in Sinsheim ist für das nächste und übernächste Jahr ein grundlegender Umbau bzw. eine grundlegende

Sanierung vorgesehen. Diese Maßnahme, die zweifellos teuer werden wird, halten wir aber für gerechtfertigt. Eine Stadt wie Sinsheim benötigt einfach eine repräsentative, keine luxuriöse, und ausreichend große Halle für bestimmte Veranstaltungen.

Was die Sporthallen angeht ist festzustellen, dass diese offenbar im gesamten Stadtgebiet stark frequentiert, ja ausgebucht sind. Das ist zunächst einmal eine erfreuliche Tatsache, weil sie auf ein reges Vereinsleben schließen lässt.

Im Vermögenshaushalt ist eine Planungsrate für eine so genannte Großsporthalle ausgewiesen. Zum Glück bedeutet das nicht, dass 2014 mit dem Hallenbau begonnen wird. Für uns ist im Moment nämlich durchaus fraglich, ob wir neben den beiden großen Sporthallen am Gymnasium und an der Realschule und der im Werden begriffenen Sporthalle, die wir dankenswerterweise mit großzügiger Hilfe der Dietmar Hopp Stiftung in Hoffenheim erhalten, eine weitere Sporthalle benötigen. Auch das Hallenproblem bei der Schule in Steinsfurt ist noch nicht abschließend gelöst. Es gibt neben den Überlegungen, ob dort eine anstelle der bisherigen Halle zu errichtende einteilige oder zweiteilige Sporthalle gebaut werden soll werden, wie ich gehört habe, auch Überlegungen, ob man nicht die Schindwaldhalle entsprechend vergrößern und ausbauen soll. Erst wenn diese Fragen und die Frage wie es mit der Schule dort überhaupt weitergeht geklärt sind und wenn wir Erfahrungen mit der ortsteilübergreifenden Nutzung der dann 3 vorhandenen großen Hallen haben, sollten konkrete Überlegungen bezüglich der Notwendigkeit einer weiteren großen Sporthalle überhaupt angestellt werden.

Ein wichtiger Punkt, mit dem sich der Gemeinderat wird zu befassen haben, ist die Entwicklung der Schullandschaft. Zwar bestimmen die Kommunen nicht die Grundzüge der Schulpolitik. Aber auf uns als Schulträger wirkt sich die Frage aus, ob wir eine Gemeinschaftsschule haben wollen oder nicht. Die Gemeinden haben nach dem Gesetz ein Mitspracherecht, wenn es um die

Einrichtung einer Gemeinschaftsschule geht. Diese Frage werden wir wohl in nicht allzu ferner Zukunft zusammen mit den Eltern und dem Lehrerkollegium klären müssen. Die designierte Schulleiterin unserer Theodor Heuss Schule hat sich bei ihrer Vorstellung in nicht öffentlicher Sitzung ja insoweit bereits klar geoutet und die Richtung, in die es gehen könnte, angedeutet. Und auch ich sehe, obwohl ich von dem Konzept keinesfalls überzeugt bin, eine Gemeinschaftsschule in unserer Stadt auf uns zukommen. Dies dürfte schon den sinkenden Kinderzahlen geschuldet werden. Das ganze Thema wird wie gesagt noch intensive Beratungen mit allen Beteiligten erforderlich machen.

Allenthalben festzustellen ist, dass Kommunalwahlen vor der Tür stehen. Der Ton im Gemeinderat wird manchmal etwas rauer und die Protagonisten positionieren sich. Und die Bürgerschaft hat am 25.5.2014 nicht nur über die Entsendung der Kandidaten in den Gemeinderat zu entscheiden, sondern auf Antrag der Kollegen von der SPD haben wir im Gemeinderat einstimmig beschlossen, über die Frage der Beibehaltung der unechten Teilortswahl einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Es ist den Befürwortern der Abschaffung der unechten Teilortswahl durchaus zuzugeben, dass es Gründe gibt, die ihre Argumentation stützen: wir sind seit 40 Jahren nunmehr Große Kreisstadt und sollten uns in der Tat als eine große Einheit fühlen. Hinzu kommen ferner etwa 10 % Fehlstimmen, die sicherlich zum Teil auch auf das komplizierte Wahlsystem zurückzuführen sind, das die unechte Teilortswahl mit sich bringt. Wenn die Mehrheit der Bürger die Änderung wünscht werden wir damit leben können. Die Nachteile der unechten Teilortswahl werden aber nach unserer Ansicht schon allein dadurch ausgeglichen, dass mit der unechten Teilortswahl jeder Ortsteil garantiert im Gemeinderat vertreten ist. Für viele Gemeinden war dies sicherlich auch ein Grund für ihre Zustimmung zur Eingliederung von nunmehr 40 Jahren. Sicher ändern sich die Umstände, unter denen eine Vereinbarung geschlossen wurde in 40 Jahren. Die Vertretung im Gemeinderat aber ist für jeden Ortsteil nach wie vor eine ganz

wichtige Mitsprachemöglichkeit, die unsere Fraktion derzeit für noch nicht entbehrlich hält. Deshalb sind wir sehr dafür, dass die Bürger darüber entscheiden, ob sie eine Änderung wollen oder nicht. Dieser Bürgerentscheid ist eine Form der Bürgerbeteiligung, übrigens ein Thema, über das wir ebenfalls in der Vergangenheit häufiger diskutiert haben, das aber bisher noch etwas zu kurz gekommen ist. Auch dieses Thema wird vom neuen Gemeinderat wieder aufgenommen werden müssen. Ob dann eine Institutionalisierung der Beteiligung wie zum Beispiel in Heidelberg stattfindet, wird sich zeigen. Sicherlich gibt es auch etwas einfachere Wege als diejenigen, die die Stadt Heidelberg gegangen ist. Unser Bürgerinformationssystem, welches seit kurzem im Internet abrufbar ist, ist sicherlich ein weiterer guter Schritt.

Sicherlich gäbe es weitere Themen, die noch angesprochen werden könnten, was ich allerdings aus Zeitgründen nicht mehr kann. Ich denke an die Bereiche Tourismus oder Bauhof oder den großen Bereich der Freiwilligkeitsleistungen und der Vereinsförderung.

Auf 2 Punkte, die unsere Stadtwerke angehen möchte ich aber noch eingehen.

Wir haben Anfang 2013 den Wasserbezugspreis von 1,50 € auf 1,60 € pro Kubikmeter erhöht. Die Erhöhung war notwendig, um weiter kostendeckend Wasser in hervorragender Qualität, wie es bei uns durch die Stadtwerke geliefert wird, zur Verfügung stellen zu können. Es wird auch nach dem Plan der Stadtwerke in 2014 keine weitere Erhöhung der Wasserbezugsgebühren geben. Für 2015 oder 2016 ist eine solche Erhöhung allerdings nicht auszuschließen, um eine Kostendeckung zu erreichen. In diesem Zusammenhang erinnere ich noch einmal an die umfangreichen Investitionen die wir gerade vor kurzem beschlossen und vorgestellt erhalten haben, um unseren Wasserbedarf auch künftig zu sichern.

Beim Wasser tritt ja das Phänomen auf, dass es teurer wird, je weniger die Werke verkaufen. Je mehr also wir Verbraucher die ökologische Notwendigkeit des Wasser Sparens befolgen, desto teurer kann es werden. Ökologie kostet einfach Geld. Wir kennen das aus anderen Bereichen.

Damit bin ich beim 2. Punkt, den ich bei den Werken erwähnen möchte. Über den bei den Stadtwerken angesiedelten Betriebszweig Beteiligungen betreiben wir über die SSVG unser neues Hallenbad. Dieses und der Bäderpark sind naturgemäß Abnehmer einer erheblichen Wassermenge und sie tragen auf diese Weise tatsächlich etwas zur Stabilisierung unseres Wasserbezugspreises bei.

Wir erleben in diesen Tagen den 1. Jahrestag der Inbetriebnahme des Bäderparks und unseres städtischen Hallenbades. Und nach den Besucherzahlen, Sie haben sicher der Zeitung entnommen, dass Anfang Dezember der 500.000. Besucher begrüßt werden konnte, kann das Projekt bisher als Erfolgsmodell bezeichnet werden und die Bedenken der früheren Gegner des Bäderparkprojekts können derzeit als widerlegt gelten. In unserem städtischen Hallenbad wurden übrigens 80.000 Besucher in diesem Zeitraum gezählt, gegenüber 30.000 im alten Hallenbad. Die Anlage schwimmt also in der Tat auf einer Erfolgswelle, wie es in der RNZ hieß. Und sie befindet sich nicht in einer "Erfolgsselle", wie ein Leserbriefverfasser gemeint hat. Eine Delle ist übrigens in diesem Zusammenhang nie ein Erfolg, weil sie abwärts zeigt, Erfolgssellen gibt es daher nicht. In einem Leserbrief war übrigens auch zu lesen, dass das Projekt keinesfalls ein Erfolg sei, weil es 800.000 Besucher sein müssten, um die Anlage wirtschaftlich zu betreiben. Davon war in der Vergangenheit nie die Rede. Und schon gar nicht im 1. Betriebsjahr. Der break even, also der Punkt, ab dem Geld verdient werden kann, liegt bei ca. 380.000 Besuchern. Diese Zahl wurde sowohl durch den Betreiber als auch in der Wirtschaftlichkeitsberechnung, die in unserem Auftrag von der CBRE gemacht wurde, genannt und auch von Anfang an in der Öffentlich-

keit kommuniziert. Richtig ist, dass als Ziel von Seiten des Betreibers 820.000 Besucher genannt worden sind. Wobei aber die von der Stadt in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsanalyse eine Besucherzahl von 620.000 zu Grunde gelegt hat und auch für realistisch hielt. Diese Zahl ist nach den bisherigen Ergebnissen durchaus erreichbar, vor allem wenn man bedenkt, dass zu Beginn des Jahres die Saunen noch nicht fertig gestellt waren. Wie dem auch sei, Vereine und vor allem die Schulen sind mit der jetzigen Lösung sehr zufrieden, von völlig normalen kleineren immer wieder auftretenden Problemen abgesehen. Der Shuttlebus-Betrieb klappt im wesentlichen und die Zusammenarbeit mit dem Betreiber läuft gut. Und auch in dem in regelmäßigen Abständen tagenden Bäderausschuss, dem Mitglieder des Gemeinderats angehören, findet eine konstruktive Arbeit und Zusammenarbeit mit dem Betreiber statt. Sicher, wir haben noch 22 Jahre Vertragsdauer vor uns und ich maße mir nicht an zu behaupten, dass in dieser Zeit nichts schief gehen kann. Heute aber im 1. Jahr nach der Eröffnung scheint sich die Richtigkeit des Gemeinderatsbeschlusses, nämlich sich auf dieses PPP-Modell einzulassen, zu bestätigen. Ohne diesen Beschluss hätten wir heute garantiert kein so attraktives Hallenbad. Und darüber freuen wir uns, zumal ich persönlich eigentlich PPP Modellen grundsätzlich sehr kritisch gegenüber stehe. Insoweit wurde ich mit meinen Bedenken durch das Ergebnis Lügen gestraft, was nach dem Sprachgebrauch, darauf muss ich aus gegebenem Anlass ausdrücklich hinweisen, nicht bedeutet, dass ich mich selbst belogen, sondern allenfalls geirrt habe.

Schließlich möchte ich es nicht versäumen, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates namens unserer Fraktion für die gute und kritische Zusammenarbeit zu bedanken. Meinungsverschiedenheiten sind normal. Ab und zu Streit ebenfalls, außerdem ist er das Salz in der Suppe. Ich hoffe, dass der streitbar-faire Umgang bis zur Wahl durchgehalten werden kann und wir uns fraktionsübergreifend nach den Sitzun-

gen in der Kneipe wieder treffen können. Herzlichen Dank auch allen guten und dienstbaren Geistern hier im Saal für die Vorbereitung dieser Sitzung. Dank auch für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung vor allem den Amtsleitern und den Dezernatsleitern und nicht zuletzt ihrer aller Chef dem OB, der neben Gulasch-Kochen, Radfahren, Vorlesen und sonstigen anderen wichtigen Verwaltungstätigkeiten unermüdlich für der Stadt Bestes sorgt und immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen hat.

Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute im Haushaltsjahr 2014.

Harald Gmelin, Fraktionssprecher FW

Innenstadt

Zum wiederholten Male wurde das Thema Innenstadtsatzung auf die Tagesordnung gesetzt. Ein Thema das wir schon von 4-5 Jahren als notwendig erachtet hatten. Ein Thema das in eine ansprechende Innenstadtpolitik unbedingt gehört. Mit einer solchen Satzung soll nicht der Einzelhandel geknebelt werden. Vielmehr ist uns wichtig, dass das Bild der Innenstadt soweit aufgehübscht wird, dass es einem Besucher als angenehm und ansprechend vorkommt. Dazu gehört natürlich auch Straßenwerbung, die Werbeanlagen der einzelnen Geschäfte, Warenbestückung auf den Fußgängerwegen, was sich leider sehr oft zum Ärgernis outet und nicht als Kundenansprache wie es gedacht sein sollte. Nicht zuletzt ist manches vorgehen gefährlich, wenn ein Passant auf die Straßen treten muss, weil ein Straßenstopper den sicheren Weg versperrt.

Auch Außenbestückung Gastronomen und Cafes wird Thema sein, ebenso wie der Versuch, die Ladenbestückung zu beeinflussen um einen besseren Mix der Händler zu erreichen. Stichworte: Handyläden, Imbisse usw.

Erste maßnahmen wurden bereits umgesetzt: Kauf des Hauses Drei Könige, und die Reglementierung der Spielhallen.

Wir werden Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel, sprich den Vertretern vom Wirtschaftforum, legen.